



KW 39

Das ist nun wahrlich tragisch. Was ist los mit **Eisern Union**? Erst im Höhenflug und jetzt fünfmal hintereinander verloren. Nur noch Platz 11. Darüber allerdings, dass die Bayern nur auf dem dritten Platz stehen, kann man sich freuen. Aber, am Ende gewinnen sie doch wieder. Was für eine langweilige Veranstaltung. Und **Hertha**? Auch auf Platz 11, in der 2. Liga versteht sich. **St. Pauli** führt die Liste an. Ich habe keine Ahnung von Fußball, glaube aber, dass Berlins Hertha lange in der zweiten Liga verharren wird, so wie Hamburgs HSV.

Nervig ist auch diese **Brandmauer Diskussion**. In Friedrichshain-Kreuzberg, berichtet in dieser Woche der Tagesspiegel, haben die Grünen „hinübergeschickt“. „Ausgerechnet, um einen CDU-Antrag für mehr Klimaschutzmaßnahmen zu verhindern (es ging um 35.000 Euro für Regentonnen), stimmten die Grünen-Verordneten gemeinsam mit der AfD dagegen – peinlicherweise auch noch vergebens. Und nach dem Motto ‚Einmal ist keinmal‘ machten sie's gleich nochmal: Sowohl gemeinsam wie auch einsam (und deshalb letztlich wieder vergebens) stimmten allein die Grünen mit der AfD gegen eine bessere Beleuchtung im Görlitzer Park. Was ihre Abstimmungspartner ansonsten von der Bezirksdemokratie halten, machten die AfD-Verordneten direkt im Anschluss klar: Gleich nach der Wahl verließen sie den BVV-Saal – allerdings nicht, ohne ihr Sitzungsgeld zu kassieren.“ *Tagesspiegel Checkpoint vom 29.09.2023*

Groß gefeiert wurde in dieser Woche die Wiedereinführung des **29-Euro-Tickets**, ein Wahlversprechen der SPD. Es gilt nur im AB-Bereich Berlins und nur für den ÖPNV der Stadt. Brandenburg macht nicht mit.

Im Frühsommer, wann immer das sein mag, soll das Ticket wieder eingeführt werden. Bereits ab 1. Januar 2024 werden aber schon die Fahrscheine im Schnitt um 6,7 Prozent teurer. Das ist eine interessante Logik. „Der Einzelfahrausweis für den Tarifbereich AB wird um 30 Cent teurer und kostet ab dem neuen Jahr 3,50 Euro. Für den weiteren Bereich ABC kostet das Einzelticket künftig 4,40 Euro und damit 40 Cent mehr als bisher. Der Preis für die Vier-Fahrten-Karte für den Bereich AB erhöht sich um 80 Cent auf 10,80 Euro. Auch in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Frankfurt Oder und Cottbus steigen um jeweils 20 Cent auf 2,30 Euro, in Potsdam um 10 Cent auf 2,60 Euro.“ *Tagesspiegel*

Die Wiedereinführung des 29-Euro-Tickets mag vielleicht für Menschen, die sich nur im AB-Bereich* bewegen, günstig sein. Darüber hinaus nicht.

**Alt Tegel und Wittenau im Norden, Ahrensfelde, Hönow und Erkner im Osten, Rudow und Wannsee im Süden und Rathaus Spandau im Westen.*

300 Millionen Euro kostet der Spaß. Nur 130 Millionen beträgt der Anteil Berlins am Deutschlandticket, mit dem man bundesweit alle Verkehrsmittel des ÖPNV und den Regionalverkehr nutzen kann. Das ist eine sehr gute Sache, nicht aber dieser Berliner Alleingang. Zu Recht meckern die Bayern, dass wir uns diesen Luxus aus ihrem Länderfinanzausgleich finanzieren.

Ein großes Thema, das uns alle betrifft, ist die **Verwaltungsreform**. Wenn die freundliche Begeisterung, vor allem der Grünen Bezirksbürgermeister anhält, könnte daraus vielleicht etwas werden. In sechs Bezirken regieren die Grünen, Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Pankow, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg. Bis auf Tempelhof-Schöneberg übrigens alles Bezirksbürgermeisterinnen. Zwei Damen und zwei Herren der CDU sitzen in Reinickendorf, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Lichtenberg im Bürgermeisterbüro. Die SPD hat nur noch in Neukölln (**Martin Hinkel** seit 2018) und in Treptow-Köpenick (**Oliver Igel** seit 2011 und damit dienstältester Bezirksbürgermeister) Rathauschefs vorzuweisen.

Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU) wird von allen für eine Selbstverständlichkeit gelobt, nämlich von Anfang an die Bezirke mit einzubeziehen. Das waren sie offenbar bisher nicht gewohnt.

Als jemand, der mehr als 50 Jahre in und für die Berliner Verwaltung tätig war und ist, habe ich den Begriff „Verwaltungsreform“ mindestens fünfzigmal gehört. Im Laufe der Zeit haben die Bezirke immer mehr Macht und Zuständigkeiten erhalten, was zu mehr Problemen führte und führt als zu einer Verbesserung. Dass den Bezirken eine Globalsumme zur Selbstverwaltung zugewiesen wurde, war zweifelsohne einer der besseren Reformen.

Die Bezirksgebietsreform, eingeführt 2001, war in der umgesetzten Form nicht sinnvoll. Gruß an dieser Stelle an unseren Leser **Klaus Böger**, der als SPD-Fraktionsvorsitzender gemeinsam mit seinem CDU-Kollegen **Klaus-Rüdiger Landowsky**, die „Reform“ wesentlich vorangetrieben hat. Der Schnee von gestern ist geschmolzen, lassen wir also die alten Geschichten. Immer wieder kann ich mich jedoch da-



rüber aufregen, wie die Bezirksämter ausgestattet sind. Waren es zu West-Berliner Zeiten sieben Stadträte einschließlich des Bürgermeisters, fand eine Reduzierung auf sechs und später fünf statt, um nun wieder auf sechs erhöht worden zu sein.

In unser allem Interesse ist zu wünschen, dass Wegner die Reform gelingt. Vor allem müssen die Zuständigkeiten neu geregelt und Parallelstrukturen abgeschafft werden. Da müssen nicht nur die Bezirke Federn lassen. Die Senatsverwaltungen, die ihre Beschäftigten besser bezahlen als die Bezirke, sollten sich überlegen, ob das weiterhin eine kluge Strategie sein kann. Die Bürgerdienste, im wahrsten Sinne des Wortes, finden in den Bezirken statt. Mitarbeitende der Senatsverwaltungen begegnen kaum einem Bürger, während sich die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirken, ebenfalls im wahrsten Sinne des Wortes, mit den Bürgern herumschlagen müssen.

Eine Verwaltungsreform bedarf letztlich einer Zweidrittelmehrheit im Parlament, und für diese braucht Schwarz-Rot die Grünen. Ob die Pläne bis Ende 2024 umgesetzt werden können, muss abgewartet werden. Wo der Wille besteht, sollte der Weg geebnet werden können.

Große Aufregung um die **Zahnbehandlung** fand auch in dieser Woche statt.



Screenshot WELT TV

Den Ausschnitt aus der Diskussion von **WELT TV**, in dem CDU-Chef **Friedrich Merz** die Zahnbehandlung von Asylbewerbern ansprach (Minute 31:45), kennen wir alle. Es lohnt sich, die komplette 50-minütige Sendung anzuschauen, an der neben TV-Chefredakteur **Jan Philipp Burgard** und Merz auch die Vorsitzenden von SPD und Grünen, **Lars Klingbeil** und **Omid Nouripour** sowie die Meinungsforscherin **Janina Mütze** teilnahmen.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/video247693324/WELT-TALK-Entscheidet-die-Migrationsfrage-die-Wahlen-in-Bayern-und-Hessen.html>

Die Reaktionen auf Merz' Aussage von Klingbeil und Nouripour waren recht moderat und ohne die stattgefundenen Empörung, wie sie später aus Kreisen der SPD und Grünen zu vernehmen war. Uns liegt zum Thema eine Stellungnahme der „Zahnärztlichen Vereinigung Witten e. V., Zahnärztekammer Westfalen Lippe für die Bezirksstelle Witten, Hattingen, Spröckhövel“, vor, die wir Ihnen nicht vorenthalten wollen.

„Herr Merz hat mit seiner Aussage recht, dass die medizinische und zahnmedizinische Versorgung von Migrantinnen - auch die von geduldeten Asylanten zu Lasten der Solidargemeinschaft der GKV und deren Beitragszahlern erfolgt. Etwas ungeschickt formuliert, weil bisher zumindest in Zahnarztpraxen niemand lange auf Termine warten muss, und darauf bezog sich auch der Kommentar der Bundeszahnärztekammer. Deren Stellungnahme wurde aber nur verkürzt medial wiedergegeben.“

Fakt ist, dass von Asylbewerbern egal mit welcher Aussicht auf Bleiberecht in deutlichem Umfang medizinische und zahnmedizinische Leistung verlangt und diese ihnen auch erbracht wird. Dies bezahlt dann die Gemeinschaft der GKV-Beitragszahler - nicht die „öffentliche Hand“ wie im Innenteil der WAZ falsch dargestellt. Denn Asylbewerber jeglicher Herkunft erhalten innerhalb von Wochen eine Gesundheitskarte. Und in Zeiten strikter Budgetierung von medizinischen und zahnmedizinischen Leistungen pro Praxis gehen diese dann vom Leistungsumfang ab, den die einzelne Praxis den Beitragszahlenden Versicherten erbringen darf. Denn für diese gelten strenge Obergrenzen pro Quartal und Person.

Zudem gilt der Rechtsgrundsatz, dass während einer medizinischen Behandlung nicht abgeschoben werden darf. Das bezieht sich dann im Fall einer mehrjährigen kieferorthopädischen Behandlung eines Kindes auf dessen gesamte Familie. Wer diese Tatsachen leugnet und Herrn Merz jetzt parteitaktisch angeht, handelt unklug und aus rein parteipolitischen Kalkül. Bei einem definierten Umfang an Beitragszahlungen kann es kein Füllhorn von Leistungen für einen immer größeren Personenkreis ohne eigene Beiträge geben, ohne dass in anderen Bereichen eingespart werden muss. Oder dieses Finanzkonzept kollabiert.“

Ist die Aufregung um das Merz-Zitat vielleicht überzogen? Wir wissen es nicht, gehen aber davon aus, dass eine Zahnärztekammer keinen Blödsinn erzählt.

Ed Koch